

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 120.

Mittwoch den 25 Mai 1904

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Wahlrecht und Wehrpflicht.

Die Hamburger Resolution des Genossen Bebel, in der bekanntlich darauf verwiesen wird, daß mit der Abschaffung des Reichstagswahlrechts das Interesse der Arbeitermassen an der Aufrechterhaltung des Reichs schwinden müsse, daß dann der Staat jeden Anspruch auf ihre „Sympathie und Hilfe“ verliere, ist von der bürgerlichen Presse ohne besondere Aufregung registriert worden. Man denkt sich: die Sympathien, die die Sozialdemokratie dem Staat entgegenbringe, können wohl entbehrt werden. Tatsächlich haben wir ja auch für den kapitalistischen Staat nicht viel übrig. Wir bekämpfen ihn prinzipiell — mehr können wir nicht tun. Wir verweigern ihm jeden Mann und jeden Groschen — was sollen wir denn noch verweigern? Freilich, trotz aller parlamentarischer Verweigerung zahlen wir unsere Steuern und stellen unsere Soldaten, — aber das liegt in dem Mechanismus des Staates, der uns dazu zwingt, und dieser Zwang bleibt, mit oder ohne Wahlrecht.

Wenn eine bürgerliche Partei eine derartige Erklärung abgegeben hätte, dann wäre es etwas anderes. Sie unterwirft Staat und Thron — die Regierung kann sie nicht entbehren. Wir aber, im Gegenteil, suchen, den Staat umzuwälzen, — deshalb gerade bekämpft man uns. Von uns erwartet man etwas anderes: nicht die Drohung, den Staat preiszugeben, sondern das Versprechen, ihn u n t e r s t ü z e n zu wollen. Tun wir das, dann ließe sich wohl ein Abkommen treffen, dann würden wir das Reichstagswahlrecht außer Gefahr bringen, — aber dann würde es auch für uns seinen Wert verlieren. Wenn wir das Reichstagswahlrecht im Sinne der herrschenden Klassen gebrauchen wollen, dann behalten wir es, — wenn wir es im Sinne des Proletariats zur Bekämpfung der herrschenden Klasse und der Regierung gebrauchen wollen, nimmt man es uns.

Die reaktionären Politiker denken: zum Militärdienst zwingen wir die Arbeiter durch Gesetze, und darum gerade wollen wir ihnen die Möglichkeit nehmen, selbst Gesetze zu machen, die nach ihrer eigenen Erklärung unter anderem dahingehen sollen, die Armee ihnen auszuliefern. Aus Rücksichten auf die Armee nicht zum geringsten will man uns das Wahlrecht nehmen.

Wir und die Reaktion haben total verschiedene Gedankengänge. Wir können uns nicht gegenseitig verständigen. Darum bleibt Bebel's Resolution, die, wie jede Drohung, darauf hinausgeht, den Gegner durch Ueberzeugung wankelmütig zu machen, unwirksam. Dennoch aber hat Bebel Recht. Die Beseitigung des Wahlrechts zerreißt das letzte politische Band der Nation. Nur geschieht das nicht im Gegensatz zu uns, die wir auf dem Klassenstandpunkt stehen, sondern es fördert bloß unsere Agitation. Die Gefahr für den Staat liegt nicht darin, daß er den Rest unserer Sympathien verliert, die er niemals hatte, sondern darin, daß er für uns Sympathien in den Volksmassen erzeugt. Die Beseitigung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts liefert die Arme der Sozialdemokratie aus. Das ist der Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Wahlrecht und der allgemeinen Wehrpflicht.

Das ist nur der Abschluß einer regelrechten Entwicklung.

Die Geschichte des kapitalistischen Staats läuft in den Kampf des Proletariats um die politische Herrschaft aus. Solange die Arbeiter noch numerisch stark hinter den andern Volkschichten zurückstanden und politisch träge waren, ignorierte man sie. Dann zwang man sie durch Polizeimaßregeln und Gefängnisse nieder. Aber ihre Zahl wuchs, es wies ihre wirtschaftliche Bedeutung, sie füllten die Städte, und die Städte verdrängten das Land. Sie wurden sich immer mehr ihrer Kraft bewußt, sie forderten, sie kämpften, sie organisierten sich. Jetzt begriff der Staat, daß er ihnen Rechnung tragen muß. Es kamen Gesetze zum Schutz der Arbeiter zu Stande. Die Regierungen sahen sich gezwungen, formell eine neutrale Stellung einzunehmen. In der ersten Zeit der Herrschaft der Bourgeoisie, wo diese Herrschaft im Kampfe mit den geschichtlich vorangehenden Formen zur Vollkommenheit gelangen konnte, wollte der Staat nichts anderes sein, als die Vertretung der kapitalistischen Nation. Jetzt entstand die Idee des Staats, der über den Parteien steht. In dieser Zwischenstellung kann sich aber keine Regierung halten. Der Klassenkampf schlägt in jeden Augenblick aus ihrer neutralen Stellung heraus. Solange aber das Kapital herrscht, offenbart sie sich immer als kapitalistische Regierung. Die Idee des vermittelnden Staates erweist sich als eine Illusion. Nun beginnt eine Politik der Schwankungen: bald wird Wohlwollen gegenüber den Arbeitern geübt, bald werden die Arbeiter den Gefährnissen überliefert, oder es erhebt sich drohend die blutige Hand des Henkers, der uniformierten Massenmörder. Aber die Arbeiter bringen unauffällig vorwärts, sie werden immer zahlreicher, ihre politische Tatkraft wird immer geschärfter, zureichender, umfassender, sie besetzen jede Posi-

tion, die sich ihnen darbietet, überall dringen sie durch, und überall zeigt sich ihr Klassenzusammenhalt und sie umspinnen den Staat mit einem eisernen Netz ihrer Organisationen. Überall bringen sie ihre eigenen Gesichtspunkte zur Geltung, die den Interessen des herrschenden Kapitals diametral entgegengesetzt sind. Zwar, solange diese Herrschaft besteht, können sie ihre Ziele nicht durchführen, aber sie bilden immer mehr Hindernisse der kapitalistischen Politik, zerlegen den Staat von innen heraus. Die erste Folge dieser Entwicklung ist die Vahmlegung des bürgerlichen Parlamentarismus. Den Nutzen davon ziehen die Regierungen, die zu einer ungeahnten Machtfülle gelangen. Aber die Macht der Arbeiterklasse schwillt immer mehr an, und schließlich sehen sich auch die Regierungen von ihr ernstlich bedroht. Der Moment naht, wo die Entscheidung fallen muß, ob kapitalistisch, oder proletarisch, ob Klassenherrschaft, oder Sozialismus.

Das ist das Schema der Entwicklung, das von jedem kapitalistischen Staat je nach seiner geschichtlichen Vergangenheit und seiner sonstigen Eigenart besonders ausgefüllt wird. In Frankreich, wo der Parlamentarismus seinen freiesten Spielraum hat, fehlt der Staatspolitik längst jede allgemeine Direktive; es gibt keine Majorität, die die Politik leitet, und die Schwankungen der Politik werden zum Mittel der Majoritätsbildung, die ihrerseits nur noch dem persönlichen Emporkommen und der Klientelherrschaft dient; das Ganze hält sich nur noch aufrecht durch kaleidoskopartigen Wechsel der Personen und der politischen Effekte. In Deutschland ist durch die feste Regierungsform die Entwicklung eingeeignet, dadurch aber vereinfacht und intensiver gestaltet. Hier ballte sich eine gewaltige Sozialdemokratie zusammen, der gegenüber eine mit außerordentlichen Mitteln ausgestattete Regierung steht. Und diese Regierung fühlt sich bereits von der Sozialdemokratie so sehr bedrängt, daß sie ihre Entfernung aus dem Parlament verlangt, um die Staatspolitik weiter führen zu können.

Die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts würde aber nur den Konzentrationspunkt bilden zu einem allgemeinen Angriff auf das klassenbewußte deutsche Proletariat. Das Sozialistengesetz hatte zum Zweck, die sozialdemokratische Agitation zu hindern. Da aber das Reichstagswahlrecht blieb, wurde das Sozialistengesetz selbst zu unserem besten Agitationsmittel. Mit dem Moment, wo dies zum allgemeinen Bewußtsein kam, beginnt die Bedrohung des Reichstagswahlrechts. Wenn aber das Reichstagswahlrecht beseitigt wird, so fördert man damit umgekehrt unsere allgemeine Agitation. Das ist klar. Folglich wird es dabei nicht bleiben. Früher oder später wird man dazu gelangen, auch die Versammlungs-, Pressefreiheit u. einzuschränken. Vielleicht wagt man es sogar auf einmal in der durchaus nicht unberechtigten Spekulation, durch einen großen Coup die Tätigkeit der Partei für einen Augenblick lahmzulegen.

Das bedeutet den Bürgerkrieg in Permanenz. Es bedeutet ferner, daß die Regierung sich nur noch durch fortgesetzte Anwendung von Gewalt gegenüber der Arbeiterklasse halten kann. Jede Regierungsgewalt führt aber im letzten Grunde auf die Armee zurück. Und die Armee rekrutiert sich bei allgemeiner Wehrpflicht aus denselben Volksmassen, denen das Wahlrecht entzogen wird. Das ist der Gegensatz.

Durch die Beseitigung des Wahlrechts und die mit ihr zusammenhängenden reaktionären Maßregeln wird eine ungeheure, steigende Aufregung in den Arbeitermassen geschaffen, die nicht umhin kann, sich auch der Armee mitzuteilen. Das bedingt seinerseits eine Verschärfung der Disziplin. Das politische Unterdrückungssystem führt zum Unterdrückungssystem beim Militär. Der Arbeiter fühlt sich als Knecht, der Soldat als Militärsklave. Daß solche Zustände die Militärtüchtigkeit gefährden, führt uns jetzt Rußland vor die Augen. Mit dem militärischen Zusammenbruch kommt dann auch der Zusammenbruch des politischen Systems.

Aber stehen die Dinge wirklich so, daß, wenn man dem deutschen Volke seine politischen Rechte nimmt, es die Wiedererlangung seiner Freiheit nur noch von einer feindlichen Invasion, von den Franzosen oder Russen zu erwarten hat, wie jetzt die Russen hoffen, daß sie die Japaner vom Absolutismus befreien? Nein doch, die Lösung kommt früher und ganz anders. Jetzt kann man sich vielleicht noch in Deutschland auf die Armee gegenüber den Arbeitern stützen — obwohl das alles weniger denn sicher ist. Später wird man sich auf das Offizierskorps gegenüber der Armee stützen müssen. Und dann kommt der Augenblick, wo die Armee der allgemeinen Wehrpflicht die Fesseln der Disziplin ebenso sprengt, wie die Arbeitermassen beim allgemeinen Wahlrecht den ganzen komplizierten, geschichtlich befestigten Staatsmechanismus in die Brüche bringen.

Treibt man den Sozialismus aus dem Parlament heraus, so kommt er umso schneller in die Kaserne. Können die Wahlzettel nicht mehr sprechen, dann werden die Gewehre klingen und die Regeln treffen nicht mehr. Will man es auf diese Weise versuchen? Das gibt eine kümmerliche, aber umso schnellere Entwicklung.

## Rußland und Japan.

Einen Protest der Mächte gegen die russische Kriegführung wird möglicherweise der Untergang des auf eine russische Mine aufgelaufenen japanischen Panzerschiffes „Hatsuse“ zur Folge haben. Wie aus Tokio berichtet wird, ist nunmehr endgültig festgestellt, daß das Panzerschiff „Hatsuse“ durch eine russische Mine in einer Entfernung von 10 Meilen von der Küste vernichtet wurde. Die Schiffsahrt ist infolgedessen für neutrale Schiffe gefährlich und man erwartet deswegen in Japan einen Protest der fremden Mächte. Die „Times“ erfahren noch aus Tokio: Der Verlust der „Hatsuse“ verursachte in Tokio keine Aufregung. Die japanischen Zeitungen sagen, die Nation habe völliges Vertrauen in die Tüchtigkeit und Umsicht der Führung der Marine; solche Zwischenfälle seien unzer trennlich von der Führung eines großen Krieges.

Ueber einen neuen Kampf vor Port Arthur berichtet ein in Tokio eingetroffenes Telegramm des Admirals Togo folgendes: „Das Kanonenbootgeschwader, die Torpedobootzerstörer und Torpedobootflotillen näherten sich am 20. Mai Port Arthur zu Refugnoszierungsziwecken. Diese Absicht wurde mit Erfolg ausgeführt; das starke Kreuzfeuer der russischen Forts richtete nur geringen Schaden an; gefallen ist auf japanischer Seite niemand.“

Die in den Norden von Korea eingedrungenen Russen haben weiteren Zugang seitens russischer Truppen erhalten. Der japanische Konsul in Genan meldet, daß am 19. d. M. gegen 300 Russen Kanon, 40 Meilen nördlich von Genan, besetzt haben und daß dieser Truppe weitere 3000 Soldaten folgten. Der Telegraph nördlich von Genan ist zerstört. Die japanische Gesandtschaft in Seoul glaubt, daß die Russen vor einigen Wochen in Rhongsong eine Operationsbasis errichtet haben. Die Garnison von Genan werde voraussichtlich nicht die Offensive ergreifen, sondern den Angriff der Russen abwarten, auf den man sich übrigens nicht gefaßt mache.

Die in Taluschon gelandeten japanischen Truppen haben am Freitagabend in der Nähe von Wanchatun, 7 Meilen nördlich von Taluschon, eine Schwadron russischer Kavallerie umzingelt und aufgerieben. Viele Russen wurden getötet oder verwundet; der Führer der Schwadron wurde gefangen genommen. Die Japaner hatten keine Verluste.

Obgleich keine amtlichen Nachrichten darüber vorliegen, wird ferner aus zuverlässiger Quelle gemeldet, daß die Japaner Raiping genommen und die Russen bis Masmichima in der Richtung auf Niutschwang zurückgeworfen haben.

Im japanischen Hauptquartier ist, nach einer Drahtung aus Tokio, das Gerücht verbreitet, der russische Kreuzer „Bogath“ sei bei dichtem Nebel außerhalb des Hafens von Bladiwojstot auf Grund geraten und vernichtet.

## Politische Nachrichten.

Deutschland.

Die Reichstagswahl in Straßburg-Land fand bekanntlich am Pfingstsonnabend statt. Nach den vorläufigen Feststellungen erhielten: Blumenthal (Demokrat) 7855, Hauf (Merikal) 8243, Laurent Meyer (S.D.) 1487. Zwischen Blumenthal und Hauf muß also eine Stichwahl stattfinden, bei der unsere Genossen den Ausschlag zu Gunsten Blumenthals geben dürften. Das Mandat Blumenthals ist bekanntlich für ungültig erklärt worden, weil einige Bürgermeister und Beamte Wahlausweise mit ihrem vollen Titel unterzeichnet hatten. Bei der Hauptwahl im vergangenen Jahre erhielt der Merikale Hauf 8304, Blumenthal 6398 und Genosse Meyer 3097 Stimmen. Bei der am 25. Juni erfolgten Stichwahl wurde Blumenthal mit 9442 Stimmen gewählt. Auf Hauf entfielen 9062 Stimmen.

Der Umsturz des Reichstagswahlrechts ist — Unternehmerinteresse! Die „Deutsche Arbeitgeber-Ztg.“ schreibt in ihrer neuesten Nummer: Bei Gelegenheit der letztjährigen Wahlen zum Reichstage wurde an dieser Stelle die Parole abgegeben, daß kein Wahlkandidat die Stimme eines Arbeitgebers erhalten dürfe, der sich nicht offiziell dazu verpflichtet, das Arbeitgeberinteresse rücksichtslos zu vertreten. Es versteht sich von selbst, daß nach Lage der Dinge in eine derartige Vertretung der Arbeitgeberinteressen auch die Befürchtung einer Abänderung des Reichstagswahlrechts einzubeziehen sein wird. — Die „Herren im Hause“ nehmen das Maul recht voll.

Der Staatsrechtprofessor. Es gibt keine reaktive Schandtat in der deutschen Geschichte, zu der nicht irgend ein deutscher Professor seinen Segen gegeben hätte.

Sie haben die deutschen Regierungen Wert darauf gelegt, ihre Gewalttätige und diffidante „wissenschaftlich“ zu rechtfertigen; dafür leben wir ja bekanntlich im Lande der Dichter und Denker. Es war zu erwarten, daß auch die Schürmayer strengster Diktierung, die lieber heute als morgen den Staatsfreisitz haben möchten, bald ihren „Professor“ finden würden. Man haben sie ihn. Die Heiltschast kommt aus Heidelberg. Die dortige Universität hat dem früheren badiſchen Geſandten in Berlin, Herrn v. Jagemann, einen Zuſuchtsort für ſeine alten Tage. Er wurde Honorarprofefſor an der juriftiſchen Fakultät. Nun hat er vor einigen Tagen ein Buch über die deutſche Reichsverfaſſung erſcheinen laſſen, in dem er die Aufſicht vertritt, daß die veränderten Regierungen wenn Verfaſſungsänderungen nicht mehr funktioniieren, das Reich ohne Zuſtimmung des Reichstages auflöſen und hierauf einen neuen Bund ohne Reichstag errichten können. Weiter räumt Herr v. Jagemann dem Bundesrat für den Fall, daß der Reichstag wegen Obſtruktion einer Würdigung zu keinem Beſchlufe gelangen kann, oder für die Zeit vom Ablauf einer Legiſlaturperiode bis zum Zutritte des neuen Reichstages ein Notverordnungsrecht ein. Herr v. Jagemanns Weiſheit läßt, wie man ſieht, auf die „wiſſenſchaftliche“ Begründung eines unverhüllten Verfaſſungsbruchs hinaus. Seine engeren Kollegen fühlen ſich durch dieſen Mißbrauch der Wiſſenſchaft zu Vorſpanndienſten der Reaktion einigermaßen bedrückt. Die beiden bekannten Heidelberger Staatsrechtslehrer Jellinek und Anshütz erheben in einer durch die „Frankf. Bzg.“ veröffentlichten Erklärung auf das entſchiedenſte Proteſt gegen ihrer ſonderbaren Kollegen. Aber er wird ſchon noch Schule machen, wenn's nötig iſt!

**Gegen die Gültigkeit der Wahl Baffermanns** im Wahlkreiſe Frankfurt-Leſas wird, wie die „Volksztg.“ erfahren haben will, ſeltens der ſozialdemokratiſchen Partei wie auch wahrſcheinlich ſeltens der Wirtſchaftlichen Vereinigung (Landbündler) Proteſt eingelegt werden. Der Proteſt wird in ſeiner Begründung ſich an die Aufſaffung des Reichstagsrats ſowie an die Stellungnahme der Wahlprüfungskommiſſion des Reichstages und des Plenums des Reichstages bei der Ungültigkeitserklärung der Wahl in Altenburg anlehnen. Die Liſte des Proteſtes mußte ſchon jetzt über ein Dutzend Punkte, die ſich ſowohl auf die Hauptwahl, als auch auf die Stichwahl ſowie auch auf die Vorgänge der Wahlbewegung beziehen.

Die internationale Anarchiſtenjagd ſoll allem Anſcheine nach in Zukunft noch rigoröſer betrieben werden als bisher. Der Pariſer „Matin“ bringt die Mitteilung, die ruſſiſche Regierung habe den Kanzleien der europäiſchen Mächte einen am 4. März in Petersburg unterzeichneten Entwurf eines internationalen Abkommens gegen die Anarchiſten übermittelt, deſſen grundlegende Beſtimmungen in folgenden Worten ausgedrückt ſei: „Durchführungen von der Notwendigkeit, einen nachdrücklichen Widerſtand der Entwicklung der anarchiſtiſchen Bewegung entgegenzuſetzen, haben die unterzeichneten Mächte beſchloffen: Jeder aus einem Lande der vertragſchließenden Mächte ausgewieſene Anarchiſt ſoll auf dem kürzeſten Wege ſeiner zupändigen Landesbehörde, das heißt der Polizei ſeines Heimatlandes, ausgeliefert werden. Falls das Heimatland nicht an das auszuſendende Land angrenzt, wird er durch die Polizei des Ziellandes weiter beſtellt.“ In Artikel 2 des Entwurfs wird nach deſſelben Worte beſtimmt, daß jeder der vertragſchließenden Staaten ein zentrales Polizeibüreau einrichtet. Dieſe Büreaus ſollen einander über die Schritte und Handlungen der als verdächtig bezeichneten Perſonen auf dem laufenden halten, und beſonders deren freiwillige Abreiſe über die Landesgrenze anzeigen. Der „Matin“ will auch wiſſen, daß Deutſchland, Deſterreich-Ungarn, die Türkei, Dänemark, Schweden, Rumänien, Bulgarien und die Schweiz ihre Zustimmung zu dem Entwurf gegeben hätten, während England und Frankreich dazu noch nicht zu bewegen geweſen wären, um das bisher in beiden Ländern geltende Abſchrei für poliſtiſche Flüchtlinge nicht aufgeben zu müſſen. In Frankreich im beſonderen ſei wenig Anſicht auf Annahme ſolcher Beſtimmungen vorhanden. Die Mitteilungen tragen durchaus das Gepräge der Wahrſcheinlichkeit. Deutſchland ſoll ja bereits die von Rußland vorgeschlagene Propri. Ein Wunder alſo, wenn man in Rußland glaubt, daß auch Kulturſtand zu dieſem Grade rationaler Dienſtwilligkeit ſich hätte bereitwillig laſſen können. Die Anarchiſten ſind natürlich aus Verstand; worauf es den Rußen und ſowjetigen Reaktionen ankommt, das iſt die Unterdrückung jeder freiheitlichen Bewegung. Iſt es richtig, daß England und Frankreich ſich weigern, internationale Handlungskräfte zu erteilen, ſo gerechtfertigt es ihnen nur zur Ehre. Daß die Schweiz zugeſagt habe, möchten wir hoch oder rationalen Streikungen, die ſich auch dort erziehungs geübt werden, verſtändig noch beſuchen. Das Deutſchland angeht, ſo wird es Sache des Reichstages ſein, ſich nach der Konvention eines näher zu erkundigen, da er um ſeine Zustimmung nicht geſragt werden iſt.

Die Gerichte von einer Ranglerſchreiſe werden in dem Baden-Kreis der Norddeutſchen Allgemeine Bzg.“ als eine Zeitungsſchreiſe eingestuft. Weder in Fragen der inneren, noch in Fragen der auswärtigen Politik ſoll während Wilhelm II. und dem Rangler irgend eine Differenz vorhanden ſein. — Welches kann alſo ruhig weiter auf dem Mattheſen Seil ſeiner „mittleren Zeit“ liegen.

**Norman-Schmann.** Gegenüber der Mitteilung, welche Behel in Sachen Norman-Schmann erſteht, daß, wie aus Baden berichtet wird, ſei bei der Latiſche geblieben werden, daß die Kriminalpolizei den Namen des erlangten Spiegels aus der Fahndungsliſte ſtreichen mußte. Um ſo auffälliger iſt es dann aber, daß die Ober-Bundespolizei Beſchuldigungen geübt hat, daß der Beweismaterial bis auf weiteres zu beſitzen. Es war beſonders auffällig intereſſant zu erfahren, wie Jolly und Politz zu einer beſonders verſtändigen Behandlung des Falles gelangte können.

**Strafverfolgung am Freijahr.** Auf demselben Ramroth, ein Parteimitglied der Sozialdemokratischen Partei, das zugleich ein ehemaliger Angehöriger der Reichswehr ist, hat endlich in einer Verurteilung der verurteilten Frei-

nigen Vereine in Breslau einen Vortrag über die Reform der Strafrechtspflege gehalten. Dabei beſchäftigte er ſich auch mit der ſozialdemokratiſchen Interpellation im Reichstage und mit dem Auftreten ſeines Parteigenossen Dr. Mugdan. Nach einem Bericht der „Breslauer Zeitung“, welche die Politik der freijährigen Fraktion mit ganz beſonderer Leidenschaft verſucht, ſagte Ramroth u. a.: „Die Interpellation der Sozialdemokraten im Reichstage ſei mit Rückſicht auf dieſe Fälle (die im Zuge von Hans Leuf und in der Preſſe erörterten. Red.) viel zu ſehr abgewesen.“ (Zuſtimmung.) Auch die Debatte über die Interpellation habe auf ihn einen wenig befriedigenden Eindruck gemacht. So habe z. B. der Redner der freijährigen Volkspartei, Dr. Mugdan, die Frage von einem ganz falſchen Standpunkte aus behandelt, wenn er vom Verzichtstandpunkt ausgegangen ſei. Er ſei bei ſeiner mangelnden Sachkenntnis nicht geeignet geweſen, darüber zu ſprechen. (Zuſtimmung.) Daß die Verurteilung keine Schuld an den traurigen Verhältniſſen treffe, das möge zutreffen; an den Behörden liege die Schuld, es müſten eben mehr Gefängniſſe angeſteckt werden. Dann habe Dr. Mugdan über die Verurteilungen aus den Akten geſprochen. Ob es aber erlaubt ſei, amtliche Aktenſtücke zu einem guten Zwecke zu benutzen, darüber könne man verſchiedener Meinung ſein. Einer Meinung könne man aber nur darüber ſein, daß derjenige, dem ſolch ein Material geliefert werde, ein verdienstvolles Werk begehrt, wenn er durch die Veröffentlichung der Allgemeinheit einen großen Nutzen erzeige.“ — Ueber die Ausführungen eines ſo guten Parteigenossen und tüchtigen Kriminaliſten, wie es Herr Dr. Ramroth iſt, kann man doch wohl ſo leichtfertig nicht hinwegkommen, wie es Herr Dr. Mugdan und ſeine Parteifreunde gern möchten.

**Wütender Sturz im Ruhrrevier.** Auf der Feſche „Deutſcher Kaiſer“ kam es, wie aus Eſſen gemeldet wird, am Tage vor Pfingſten wegen Lohndifferenzen zu einem ernſten Zusammenstoß zwischen Bergleuten und Steigern. Die Polizei ſchritt mit blander Waffe ein. Mehrere Perſonen wurden verwundet.

**Eine Oſterbeichte.** Aus Reutkirch wird der „Frankfurter Bzg.“ von unterrichteter Seite geſchrieben: Es iſt eine Wiſſenſchaft, daß zu den hauptſächlichſten und wirksamſten Agitationsmitteln des Zentrums der Reichstagswahl gehört. Die ultramontane Preſſe beſtreitet dieſe überall bekannte und feſtſtehende Tatſache zwar mit gutgepielter Enttarnung, wobei ſie immer Beweiſe fordert. Dieſe Beweiſe ſind ſchwer zu erbringen, da das Beichtgeheimnis eine ſehr ſtarke Verſicherung gegen Inſtitution bildet, wir ſind aber trotzdem in der Lage, auf Grund durchaus zuverläſſiger Inſformationen über ſich eine poliſtiſche Oſterbeichte zu berichten. Ein katholiſcher Lehrer — Ort und Namen wollen wir verſchweigen, um den Namen nicht unnötigen Beſtigungen anzuſetzen — wollte im April d. J. ſeine Oſterbeichte in dem Kloſter der Siebter Miſſionsgeſellſchaft bei St. Wendel ablegen. Im Beichtſtahl trifft er einen Vater, der ihn zunächſt fragt: „Haben Sie bei der letzten Reichstagswahl gewählt?“ Antwort des Lehrers: „Ich wählte nicht Zentrum.“ Vater: Warum? Der Lehrer entgegnet, als Schulmann könne er ſchon deswegen keinem Zentrumsmann ſeine Stimme geben, weil unter der geiſtlichen Herrſchaft die Schule niemals zu ihrem Rechte gekommen ſei, zudem ſei er in poliſtiſcher Beziehung liberal geſinnt, außerdem habe ihm die Perſon des Zentrumskandidaten nicht gefallen. Der Vater ſuchte nun nachzuweiſen, daß die Schule die Tochter der Kirche ſei; ein Katholik müſſe aber bei Wahlen ſchon deswegen für den Zentrumskandidaten ſtimmen, weil dieſe Partei, wenn auch manche laie Katholiken unter ihren Abgeordneten ſich befinden, die großen Fragen der Kirche löſere. „Sie begehen eine ſchwere Sünde, wenn Sie nicht den Zentrumsmann wählen.“ Lehrer: „Das nachzuweiſen wird Ihnen ſchwer fallen!“ Nach längerem Hin und Her ſagt ſchließlich der Lehrer ungeduldig: „Es tut mir leid, Vater, daß Sie auf die Frage zu ſprechen kamen, denn bis jetzt habe ich wiederholt die Geſchichten gegen den Vorwurf, ſie beſuchen den Beichtſtahl zur poliſtiſchen Agitation, verteidigt, jetzt kann ich es nicht mehr.“ Vater: „Ich muß eben dem höchſten Richter verantwortlich ſein auch für Ihre Perſon.“ Zum Schluß redete der Beichtvater dem Lehrer zu, er ſolle bei der nächſten Wahl dann wenigſtens neutral bleiben, und nahm ihm das Verbrechen ab, in Zukunft nur nach beſtem Wiſſen und Gewiſſen zu wählen. Als der Lehrer dies zugeſagt hatte, war dieſe poliſtiſche Beichtagitation zu Ende. Er wird nach beſtem Wiſſen und Gewiſſen wählen, aber nicht den Zentrumsmann. Man fragt ſich nun unwillkürlich: Wem das am grünen Hez geſchieht, was ſoll dann mit dem bürnen werden! Bei dem Lehrer iſt der Coup des Beichters mißglückt, bei den Tausenden von gutgläubigen und ungebildeten Leuten, die in dieſer ein höheres Weſen ſehen, in der Folge aber tollt. Ueber die moralische Seite dieſer Beichtagitation brauchen wir kein Wort zu verlieren.

**Die Spionage-Affäre Fragola.** Den Pariſer Wätern zufolge hat die vom franzöſiſchen Generalstab geſchickte Unterſuchung über die Angelegenheit Fragola ergeben: 1. daß die Pläne von London vollſtändig mehreren Mächten angediebert worden ſind, 2. daß dieſe Schriftstücke von den Mächten der Bonnerneimur kopiert worden ſind, 3. daß die Pläne von Buſſ und Gervazio nur teilweise im Beſitz der Spione ſeien, und daß die weſentlichen Pläne aus dem Jahre 1894 ſammen. Der Bericht über die Unterſuchung ſollte ſomit noch dem Kriegsminiſter vorgelegt werden. — Die Perſone Spione verſuchen ihr Geſchick; das muß man ihnen laſſen. Esſt haben ſie ihre Verſchäſſenheit bei verſchiedenen Mächten verwertet und haben dabei ein tüchtiges Geſand Geld verdient. Aber ſie haben die Konſeſur noch weiter angediebt. Nachdem ſie von ihrer Landſchaft unabhängig beſetzt worden waren und ſich mit ihrem Geſand in England geübt hatten, ließen ſie durch den Wiedemann Fragola die ganze Geſchichte dem „Matin“ mitteilen. Dieſer hat natürlich für die Senſation wiederum kofſal bleiben müſſen.

**Vom Kriegesſchlupf in Südweſtrafa.** Die Perſone wiſchen, wie aus den letzten amtlichen Mitteilungen hervorgeht, einem Zusammenstoß mit den ihnen folgenden Soldaten freigeſetzt und nach gehen ſich ſelbst nach Norden zurück. Die Perſone ſelbst, von der gemeldet wird, daß

ſie in der Gegend von Palamontein ſtehe, iſt von ihrem urſprünglichen Standort Karibib aus ungefähr 120 Kilometer nach Norden hin vorgerückt. Auch Gitorff iſt von ſeinem letzten Standpunkte aus, von Dajatu, einige Tagemärsche weit nach Norden hin vorgerückt. Je weiter die beiden verhältnismäßig ſchwachen Kolonnen in die Gbiete der mit dem Herero konſpirierenden Ovambo-Stämme vordringen, deſto geſchrooller wird natürlich ihre Lage. Der Typhus beim Detachement Glajenapp, das ſich noch in Diſchaenena befindet, iſt bis jetzt noch nicht zum Stillſtand gekommen. Auf Verwendung des Detachements iſt nicht mehr zu rechnen, und auch die Verwendung geſunder Mannſchaften an der Etappenlinie iſt wegen Veranſtaltungengefahr angeſchloffen. — Gouverneur Deutwein meldet nachträglich anläßlich der ihm jetzt zugegangenen Zeitungen, daß er am 9. April bei Oganja und am 13. bei Obitumbo nicht gegen denſelben Feind geſochten hat. Im erſten Gefecht hat er den Oberhäuptling Samuel geſchlagen. An deſſen Verfolgung wurde er durch die Streitkräfte des Hauptlings Kajata, die in ſeiner linken Flanke ſtanden, gehindert. Sie mußten zunächſt am 13. angegriffen werden.

**Der Typus eines Soldatenſchinders.** Wir haben von der Beurteilung des Unteroffiziers Ebert in Trier, dem mehr als 500 Fälle von Soldatenſchindereien nachgewieſen wurden, bereits berichtet. Zu der Verhandlung waren 160 Zeugen geladen. Mit wech ausgeſuchter Vorſicht der Angeklagte die ihm unterſtellten Mannſchaften quälte, zeigen einige beſonders ſchwere Fälle, die durch die Verhandlung feſtgeſtellt wurden. Eine ganze Korporaliſchaft mußte ſich vor ihm ſtich auf den Kammerboden legen. Dann ſchritt er mit ſeinen ſchweren Stiefeln über die Mannſchaften hinweg und verlegte mehrere nicht unerheblich. Beim Reinigen des Erzerkhauses kamen einige Refruten zu spät. Sie mußten ſich auf den Boden legen und wurden ſo lange hin- und hergewälzt, bis der ganze Rehricht wieder zerſtreut war. Ein Soldat knüpfte auf einem Schemel mit einem Schmel in der Hand ſo lange Kniebeuge über, bis er erſchöpft herabſtürzte und ſich eine ſchwere Kopfwunde zuzog. Ohrfeigen, Treten, Schläge mit dem Seitengewehr und allen möglichen Gegenständen, Lauffchritt bis zur völligen Ermattung waren an der Tagesordnung. Drei Soldaten entzogen ſich der unausgeſetzten Quälerei durch Fahnenſucht. Die Strafaſen reichen bis zum Jahre 1901 zurück, weſhalb auch noch 30 Refruten als Zeugen geladen waren. Der Angeklagte wurde, wie wir bereits meldeten, zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt.

**Wegen Majestätsbeleidigung** ſollte ein Soldat des 112. Regiments in Mühlhausen i. G. zu nicht weniger als ſieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden ſein. Jetzt meldet die „N. N. Bzg.“, daß kriegsgerichtliche Urteil ſei erſt am 17. Mai gefällt worden und laute auf ſieben Monate Gefängnis.

**Rußland.** Der Krieg mit ſeinen Folgen, der Handels- und Induſtriellekriſe macht ſich am ſurchtbarſten der induſtriellen Arbeiterſchaft Bolens füßbar. Bei der engen Verknüpfung der Produktion von Lodz, Waſſchau uſw. mit dem Ausſtauch in Rußland, haben die Kriegswirren im Ofen und das Zuaammenschrumpfen des inneren Marktes in Rußland das wirtſchaftliche Leben Ruſſiſch-Bolens ſaft ganz lahmgelegt. Namentlich in Lodz hat die Kriſe bereits erſchreckende Symptome gezeigt. Zehntausende ſind einfach dem Hunger preisgegeben. Diebſtähle haben ſich in einem ſolchen Maße vermehrt, daß die Lokalflecken wegen Raummangels nicht mehr im ſtande ſind, ſie täglich zu reſiſtieren. Die Proſtitution hat nie dageweneſene Dimensionen angenommen; Tausende von Arbeiterfrauen und Mädchen treiben ſich einfach vor Hunger in den Straßen herum. Der ſelbſtmord iſt auch keine Seltenheit mehr geworden. So hat das Lodzer Amtsblatt erſt neulich die Nachricht gebracht, daß eine Arbeiterin, Olga Schöter, Mutter von vier Kindern, durch Arbeitsloſigkeit zum äußerſten Elend gebracht, ſich ſelbſt und ihre ſämtlichen Kinder umbringen wollte. Sie hatte bereits die zwei jüngſten an einem Wandbaken erhängt, als die älteren Kinder durch ihr Geſchrei die Nachbarn herbeilockten. Die Mutter iſt verhaftet worden. In einem andern Fall iſt ein 19-jähriges Mädchen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil es ſich vor Hunger und Verzweiflung in ein Bordell aufnehmen ließ, dabei aber falſche Legitimationspapiere vorgezeigt hat. Das Verhalten der Regierung angeſichts dieſer Zuſtände iſt müſtergültig — im Sinne der zariſchen Politik: die in Lodz ſtationierende Garniſon iſt um ein Regiment vergrößert worden, außerdem ſind einige Abteilungen Poſalen nach der Stadt gebracht worden. Der Willkür und der Brutalität der Polizei ſind alle Jügel genommen; anſtändige Arbeiterfrauen, die nach Arbeit und Lebensmitteln ſuchend in der Stadt herumſtreifen, werden häufig mitten im lichten Tag von Schulenteu auf die Polizei geſchleppt, zwangsweiſe einer ſanitären Revifton unterzogen und einfach als Proſtituierte regiſtriert! Man kann ſich leicht vorſtellen, welche Erbitterung angeſichts alles deſſen unter der Arbeiterſchaft herrſcht. Die Bourgeois ſind aber veranlaßt zur Wahrung des Maſſenelends wirtſchaftliche Verteilung von Bettelſuppen u. dergl. So hat z. B. der Fabrikant M. Coyn, ein Millionär, für die Arbeitsloſen täglich — 50 Portionen Erbsenſuppe geſtiftet!

**Das jüngſte Attentat auf die Feſtung Kronſtadt,** für das man japanfreundliche Ausländer verantwortlich machen wollte, entpuppt ſich als eine Verzweiflungstat forrupter ruſſiſcher Beamter. Das Feuer wurde wahrſcheinlich angelegt, weil ein vom Kriegsminiſterium reſtantiertes, angeblich neuangeſchafftes Poſten Uniformen ſowie Ausrüſtungsgegenstände nicht exiſtierten. Die Unterſuchung ergab, daß eine Anzahl alter Uniformen mit Petroleum übergoſſen und angezündet war. Mit dem Ergebnis der Unterſuchung ſcheint die Erkrankung eines ſehr hohen Offiziers durch Vergiftung in Verbindung zu ſtehen. Ein hoher Intendantenbeamter iſt nach dem Auslande geſchickt.

**Deſterreich-Ungarn.** Eine Bauernrevolte. In dem kroatiſchen Ort Srta brach Donnerſtag aus Anlaß der Auſteilung der Ge-

meindecker eine Bauernrevolte aus. Die Bauern bombardieren das Gerichtsgebäude mit Steinen und greifen die Gendarmerie an. Diese tötete zwei Bauern und verwundete mehrere. Aus Peterwardein ging Militär zur Hilfe.

**Ungarische Justiz.** Der Reichstagsabgeordnete Beczelewsky wurde wegen „Ausreizung gegen die ungarische Nation“ zu einem Jahr Gefängnis und den Nebenkosten verurteilt.

**Eine Finnaner Torpedofabrik** erhielt nach der „Frankf. Zig.“ große Bestellungen von Torpedos. Oesterreich-Ungarn bestellte 120, Rußland 100, Frankreich 130 und Italien 60 Stück.

**Frankreich.**

**Die Abberufung des französischen Botschafters beim Vatikan.** Nach einer offiziellen Mitteilung hat am Sonnabend der Botschafter Mirad dem Kardinalstaatssekretär Merry del Val die Frage vorgelegt, ob die Inkarnote, worin der Vatikan gegen die Kommissar Dubois bei den katholischen Regierungen protestierte und worin die französische Regierung eine Beleidigung erblickt, echt sei. Da der Staatssekretär die Echtheit nicht in Abrede stellen konnte, hat der Botschafter den Befehl erhalten, sofort nach Paris zurückzukehren. Er verließ noch Sonnabend Abend mit seinem Personal Rom. Mit der Erledigung der rein geschäftlichen Angelegenheiten wurde ein einfacher Botschaftsrat beauftragt. Aus der Stimmung Pariser politischer Kreise geht hervor, daß selbst der größte Teil der Oppositionspresse die von der Regierung ergriffene Maßregel gutheißt, und man macht sich mit dem Gedanken vertraut, daß die Rückkehr Mirads nach Rom kaum mehr in Frage kommt, solange Combes an der Spitze der französischen Regierung verbleibt. Auch die Verhandlungen über die Ernennung der Bischöfe sind durch den neuen Konflikt auf unabsehbare Zeit abgebrochen.

**Belgien.**

**Beschlagnahme.** In Brüssel wurde eine Broschüre des Grafen Kattasch Reglewitsch über die Prinzessin Louise von Belgien, betitelt „Triffin aus Staatsraison“, sofort nach ihrem Erscheinen beschlagnahmt.

**Spanien.**

**Der Bahnarbeiterstreik auf der Südbahn droht aus Mangel an Hilfsmitteln zusammenzubrechen.**

**Asien.**

**Der Krieg in Tibet.** Der chinesische Regierungsvizepräsident Ma hat sich nach einem Telegramm der „Times“ aus Shanghai gemeldet, und die Tibetener beschließen das chinesische Quartier. Man entnimmt daraus, daß sie entschlossen sind, die Herrschaft Chinas nicht länger anzuerkennen, nachdem diese von ihnen bisher eben so wenig angezweifelt wurde, wie die Herrschaft der Engländer in Indien. Der „Times“-Korrespondent ist der Ansicht, daß durch die Flucht des chinesischen Vertreters und durch das feindliche Verhalten der Tibetener gegen das souveräne Reich für England Gelegenheit geboten ist, die Tibetener zu zwingen, Siam als prädominierende Macht anzuerkennen. Jedes andere Abkommen würde ebenso wertlos sein wie der Vertrag von 1890. Die englischen Truppen machten am Donnerstagmorgen einen Ausfall, um ein Haus außerhalb des Lagers von Tibetenern zu räumen. Sie hatten dabei geringe Verluste. Der Feind leistete eine Viertelstunde lang Widerstand, der jedoch bald gebrochen war, nachdem die Pioneer die verschlossenen Hausgänge gesprengt hatten. Der Ausfall erfolgte vor Tagesanbruch, und das Schießen der Tibetener aus dem Fort richtete infolge der Dunkelheit keinen Schaden an.

**Lübeck und Nachbargebiete.**

Dienstag, den 24. Mai 1904.

**Die Milchmascherverschwörung** findet, wie nicht anders zu erwarten, die volle Billigung der „unabhängigen Zeitung für Jedermann“, des „General-Anzeigers“. Das Blatt spricht den Vorständen der bürgerlichen Parteien, welche die Einigung herbeiführten, seine rückhaltlose Anerkennung aus und bekennt sich dann ausdrücklich zum Programm dieses Ordnungsbereiches. Damit hat das Blatt sich offen auf den Boden der Milchmascherverschwörung gestellt und direkt gegen die Arbeiterschaft Stellung genommen. Pflicht der Letzteren ist es nun, im eigenen Interesse hieraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen und dafür zu sorgen, daß dieses Milchmaschblatt aus den Häusern der Arbeiterschaft verschwindet.

Uebrigens gibt es auch noch liberale Blätter, die den Kompromiß entschieden verurteilen. So schreibt z. B. die „Kostener Zeitung“ u. a.: „Eine seltsame Mär kommt aus Lübeck... Aber sie ist trotz ihrer Erschaulichkeit wahr... Und dieses Bündnis jetzt, nachdem die Herren Freiherr v. Manteuffel und Graf Mirbach im preußischen Herrenhaus noch eben erst die wahren Absichten der Konservativen enthüllt haben!... Kompromisse und Bündnisse, sie alle werden jetzt nur abgeschlossen auf Kosten des Liberalismus, wie man wieder einmal in Breußen an dem nationalliberal-konservativen Schulantrag sieht. Darum fort mit solchen faulen Kompromissen, die nur den Erfolg haben, den letzten Rest der entschiedenen Liberalen Kämpfer auch noch in das Lager der Sozialdemokraten hineinzutreiben.“ — Das Blatt predigt hier tauben Ohren. Die hiesigen Liberalen sind so vom Ratlossein befallen, daß sie vernünftigen Erwägungen überhaupt nicht mehr zugänglich sind. Die in dem obigen Zitat sehr richtig angegebenen Folgen dieses Kompromisses werden nicht ausbleiben; die wirklich liberalen Männer wenden sich mit Abscheu ab von dieser Verschönerung gegen die Sozialdemokratie.

**Wißt das Finanzdepartement mit zweierlei Maß?** Vor etwa zwei Jahren wurde seitens des Vorstandes der hiesigen Ortskrankenkasse an das Finanzdepartement das Gesuchen gerichtet, den Rassenmitgliedern, eventl. unter Berücksichtigung auf die Benutzung einer Balle, eine Ermäßigung des Abonnementgeldes auf 3 Mark zu gewähren. Begründet wurde dieses Gesuch damit, daß das regelmäßige Baden geeignet sei, der Entstehung von Krankheiten vorzubeugen. Leider entsprach man diesem durchaus berechtigten Gesuchen nicht, sondern lehnte dasselbe rundweg ab. — Im schwachen Gegensatz zu dieser Haltung des Finanzdepartements steht nun die Tatsache, daß dasselbe Finanzdepartement den Mitgliedern des Schwimmvereins,

also einer in der Hauptsache auszahlungs-fähigen Leuten bestehenden Korporation, auf dessen Gesuchen das Herrenabonnement um 1 Mark ermäßigt hat. Vielleicht nimmt das Finanzdepartement einmal Veranlassung, diese anscheinend widersprüchsvolle Haltung zu erklären. Es könnte sonst sehr leicht in der Bevölkerung die Vermutung Platz greifen, daß seitens des Finanzdepartements manchmal mit zweierlei Maß gemessen wird.

**Urga Mißstände herrschen auf dem Holzlagerplatz der Firma Gossmann u. Jürgens;** Mißstände, die unersetzlich schon verschiedentlich beleuchtet worden sind, ohne daß man sich veranlaßt gesehen hat, für deren Abstellung Sorge zu tragen. Anscheinend will die Firma den Arbeitern beweisen, daß sie weit davon entfernt ist, als Humane Arbeitgeberin zu gelten. Heute sei ein weiterer Mißstand der Öffentlichkeit unterbreitet. Des Abends wird recht häufig bis 7 und 8 Uhr gearbeitet. Hiergegen wäre nun natürlich absolut nichts einzuwenden, wenn man nicht auch in bezug auf die Ueberstundenarbeit manchmal einen indirekten Zwang ausüben würde. Häufig wird nämlich den Arbeitern gesagt, wer um 6 Uhr nach Hause geht, muß 14 Tage feiern. Insbesondere soll diese Maßregel dann zur Anwendung gelangen, wenn öffentliche Festtage der Arbeitererklärungen stattfinden. Der Zweck ist klar! Dennoch aber sollte die Firma nicht mit solchen Mitteln operieren, fintemalen es ihr doch nichts nützt!

**Eine Versammlung der Bürgerschaft** findet am kommenden Montag morgen 10 Uhr statt.

**Die Heilighaltung des Sonntages** wird, wie man uns mitteilt, seitens der Firma Sager u. Klüßmann dadurch illustriert, daß sie recht häufig an Sonntagen von 6-12 Uhr mittags, auch selbst während der Kirchzeit, arbeiten läßt. Es wird Sache der Behörde sein, zu untersuchen, ob diese Firma ständig für die Sonntagsarbeiten die polizeiliche Genehmigung eingeholt hat.

**Seitens des Bauernringes** wird der Versuch gemacht, hiesige Arbeiter als Arbeitswillige nach Hamburg zu locken. Wir erwarten von der hiesigen Arbeiterschaft, daß sie Solidarität übt und einerseits den Zug nach Hamburg fernhält, andererseits aber auch die Streikenden dadurch unterstützt, daß sie kein Hamburger Bier trinkt. Sämtliche hier in Betracht kommenden Hamburger, Missionar und Wandbeger Brauereien sind boykottiert.

**Auf der Koch'schen Schiffswerft in Lübeck sind aus Anlaß des Meierstreiks sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden. Zugang von Werftarbeitern ist streng fernzuhalten!**

Die Sicherheit für Passanten des Israelsdorfer und des umliegenden Holzes läßt anscheinend recht viel zu wünschen übrig. So wird uns mitgeteilt, daß am ersten Pfingsttag Abend gegen 11 Uhr ein heimkehrender Passant von einem Menschen angefallen wurde, ohne daß ihm Hilfe zuteil wurde. Als der Ueberfallene später einen Schukmann traf und diesem sein Leid klagte, erzählte dieser ihm, daß er selbst vor einigen Tagen im Holz von sechs Mann angefallen sei und sich nur mit Mühe und Not auf die Straße habe retten können. Sollte letztere Mitteilung den Tatsachen entsprechen, so müßte doch unter allen Umständen seitens des Polizeiamts für einen größeren Schutz der Passanten jener Strecke gesorgt werden.

**Der Verkehr** an den Pfingstfeiertagen war trotz des frühen und zeitweilig recht unangenehmen Wetters immerhin ein guter, speziell, sofern der Verkehr nach auswärts in Betracht kommt. Schon früh morgens konnte man Ausflügler begegnen, die sich in den nahen Waldungen ergingen und dort Erholung suchten von des Tages Last und Mühen.

**pb. Körperverletzung.** Ein Lagermeister erkrankete gegen einen Bierkutscher Anzeige wegen Körperverletzung.

**pb. Auch ein Pfingstvergnügen.** Am Morgen des ersten Pfingstfeiertages gerieten auf dem Hofe eines an der Cronsförder Allee belegenen Grundstückes zwei Ehepaare in Streit, der in eine Prügelei ausartete, in deren Verlauf eine Frau ihrem Gegner mit einer eisernen Schaufel zwei Schläge gegen den Kopf versetzten, die nicht unerhebliche Verletzungen hervorriefen.

**pb. Festgenommen** wurde ein Glasmacher aus Hamburg, der von der Groß-Staatsanwaltschaft in Ludwigs-lust wegen Diebstahls stedbriehlich verfolgt wird.

**pb. Wegen Entlaufens** mit der Feuer wurde ein hiesiger Matrose zur Anzeige gebracht.

**pb. Diebstähle.** Am zweiten Pfingstfeiertage wurden einem Dachdeckerhilfen aus seinem Logis 100 Mk. gestohlen. — Einem englischen Matrosen wurde in der Nacht vom 21. 22. ds. Mts. in einer heftigen Wirtshaus seine ganze Barchaft, bestehend in 7 Pfund Sterl., gestohlen; verdächtig wurde ein vielfach vorbestrafter hiesiger Arbeiter, welcher festgenommen wurde. Die Inhaber von Geldwechselgeschäften werden ersucht, auf Herausgabe von 1 Pfund-Stücken zu achten.

**Achtung, Dachdecker!** Ueber die Werkstellen Cavier, Hundestraße, und Greymann, Gr. Bauhof, ist wegen Nichtanerkennung des Lohns, die Sperre verhängt worden.

**Schwarz.** Amtliches. Der für die aus den Forstrevieren Schwartau und Scharbeug abgegebenen Gnadendeputate (Jog. Einliegerholz) zu zahlende Betrag ist bis Ende Mai d. Js. hier zu entrichten.

**Schwarz.** Ertrunken. Am Sonnabendmorgen unternahm der Fischer Sch. mit dem 13jährigen Knaben Martmann eine Ruderpartie auf dem Hemmeldorfer See. Infolge Kenterns des Bootes stürzten beide Insassen ins Wasser. Während Sch. gerettet werden konnte, fand der Knabe seinen Tod in den Wellen.

**Entn.** Der Provinzialrat tritt am Donnerstag vormittag 10 Uhr im Rathause auf 1 Tag zusammen. **w. Raueberg.** Erhängt. Der Arbeiter F. Stamer von hier hat sich Sonnabend in einem Kirchbaum auf seinem Garten erhängt. Ehehliche Zwistigkeiten dürften das Motiv der traurigen Tat sein. St. war ein fleißiger, beliebter Mann.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Der Holzarbeiterverband verhängte wegen Nichtzahlung des 55 Pfennig-Stundenlohnes über die Werkstätte des Herrn S. Griele in Wandsbek, Sternstraße Nr. 43, die Sperre. Die Tischler werden ersucht, vor Regelung der Sache dort nicht in Arbeit zu treten. — Der Streik im Baugewerbe in Heterjen ist zu Gunsten der Streikenden beendet. — In Grahowitz hat man anlässlich des Maurerstreiks Italiener als Arbeitswillige

herangezogen. — Von Oldenburg ist der Zugang von Formern ausgebrochener Differenzen halber fernzuhalten.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Der vor mehreren Jahren von der Hamburger Straßammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektor Dr. Miede wegen Sittenverbrechens zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus verurteilte Geschäftsführer Steinhard hat nach seiner Entlassung dem Landgerichtsdirektor Dr. Miede, den er auf der Wandsbeker Chaussee traf, einen Faustschlag ins Gesicht versetzt mit den Worten: „Mein Name ist Steinhardt, Sie haben mich tief unglücklich gemacht!“ Wegen dieses Angriffs wurde Steinhardt von der Straßammer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. — Der Hamburger Schleppteamper „Wilhelm“ überrannte Sonnabendmorgen auf der Elbe eine Barkasse des englischen Schiffsbureaus von Lindlay, Ducke u. Co., die acht englische Matrosen nach dem im Segelschiffen liegenden Dampfer „Nord Erne“ bringen sollte. Ein Matrose erirant, während der Führer der Barkasse und die übrigen sieben Matrosen gerettet wurden. — Wegen Sittenverbrechens wurde in Glücksstadt der frühere Dekonom Frund der Fürsorgeanstalt und des Asyls für entlassene weibliche Sträflinge verhaftet. Fr. soll in seiner früheren Stellung die seiner Erziehung anvertrauten Kinder geschlechtlich mißbraucht haben und auch sonst allerlei Schwinerereien in jener Anstalt ausgeführt haben. Wundern muß man sich nur, daß diese Sachen jetzt erst an den Tag kommen, und daß die Leitung der Anstalt gar nichts von dem Treiben des Wüstlings gewahrt wurde.

**Hamburg.** Zum Streit der Brauereiarbeiter. Die Verhandlungen mit dem Versicherungsverband der Brauereien, die Sonnabend nachmittag stattgefunden haben, sind resultatlos verlaufen, indem die Vertreter der Brauereien auf Annahme des am Freitagabend von der Pensionersammlung des Versicherungsverbandes gestellten Ultimatus bestanden, dessen Anerkennung eine bedingungslose Unterwerfung der Brauereiarbeiter unter die Fuchtel der Brauereikapitalisten bedeuten würde. Der vollständig vom Scharfmachergeiste besetzte Versicherungsverband verlangt, ganz abgesehen von den sonstigen Differenzpunkten, nichts weniger als die Anerkennung des neuen, in dem Bureau der Marienthaler Brauerei am Adolphsplatz etablierten Arbeitsnachweises, des dritten „Kraientamps“, wie er in der letzten Stellerversammlung genannt wurde, und die Einstellung der ausländigen Brauereiarbeiter nach Bedarf. Aus der Stellungnahme der Brauereien geht klar hervor, daß es ihnen von Hauße aus darum zu tun war, der in zehnjährigem Kampfe mit den Vierkapitalisten errungenen Arbeitsnachweis der Brauer zu vernichten und an dessen Stelle der Gesamtarbeiterschaft der Brauereien ein Zwangs-Uri zu oktronieren. Nach zweistündiger Beratung wurden die Verhandlungen beendet, worauf im Anschluß daran die Ausständigen bei Springborn eine Versammlung abhielten, die mit allen gegen eine Stimme die „Zugeständnisse“, wie sie noch immer von den Vertretern der Brauereien genannt werden, ablehnte. — Der Scharfmacher Blohm rührt sich! Die zu tausenden auf der Werft von Blohm u. Böh. beschäftigten Arbeiter aller Branchen wollen das dort in der Kaffeehalle geführte boykottierte Bier nicht mehr trinken. Sie tranken an deren Stelle Kaffee, Selter oder Brause. Jetzt hat Blohm die Preise für letztere Getränke um 100 Proz. erhöht und zwar: eine Tasse Kaffee von 5 auf 10 Pf., eine Schlage Selter von 5 auf 10 Pf. und eine Schlage Brause von 10 auf 20 Pfennig. Wie wäre es, wenn man den Ueberschuß dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie zuführte? Das wäre ein origineller Gedanke, die Arbeiter mit ihrem eigenen Gelde zu bekämpfen. Ob nun auch am Sonnabend die auf der Werft beschäftigten Leute eine Lohnzulage von 100 Proz. erhalten werden?

**Bremerhaven.** Zur Aussperrung in den Unterwerferten. Die Unternehmer machen die kramphafteinsten Anstrengungen, Arbeitswillige nach hier zu ziehen, es gelingt ihnen jedoch nur in sehr bescheidenem Maße. Aus Holland, von wo man bisher namentlich Maurer bezog, ist seitdem auch die letzten nach hier gekommenen Holländer wieder abgereist sind, der Zugang völlig abgebrochen. Man hatte dieser Tage noch zwei Meister nach dort wieder entsandt, dieselben sind jedoch unverrichteter Sache zurückgekommen. Kürzlich trafen noch 23 tirolenische Maurer ein, es sind dies jedoch lediglich minderwertige Arbeitskräfte. Von diesen ist bereits ein Teil wieder abgereist. Unter den hier befindlichen Italienern beginnt es übrige bereits zu rumoren. Teils beginnt man die wenig kollegialische Hölle, die man spielt, auch in jenen Streifen einzusehen, teils ist man auch mit dem von den Unternehmern gezahlten Lohn nicht mehr zufrieden. Es sind bereits 16 Italiener wieder abgereist. Aus Deutschland sind bis jetzt Arbeitswillige in irgendeiner nennenswerter Zahl nicht zu verzeichnen. Selbst Oberschlesien, das noch bei dem Ausstande im Jahre 1899 die Streibkammer lieferte, versagt diesmal für die Unternehmer vollkommen. In Oppeln z. B. glaubten die Herren einen Trupp Maurer gewonnen zu haben und sie hatten auch bereits eine stattliche Summe Geldes bei der dortigen Eisenbahndirektion für Fahrkarten deponiert. Schließlich blieben sie jedoch auch hier glatt ab. In Oberschlesien beginnt es eben auch bereits zu dümmern. Die Lage der Aussperrten ist also eine äußerst günstige. Gelingt es auch weiter, den Zugang fernzuhalten, so werden die Unternehmer eine ganz gehörige Schlappe davontragen. Die Scharfmacher vom Arbeitgeberverband haben nun noch einmal ein ganzes Heer von Werbeagenten nach allen Gegenden Deutschlands ausgesandt. Die Aussperrten eruchen daher die organisierten Arbeiter, über die Situation im Baugewerbe in den Unterwerferten überall Aufklärung zu schaffen, und sie bitten gleichfalls wiederholt und dringend, jedweden Zugang von Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern nach Bremerhaven, Seestemünde und Behe streng fernzuhalten.

**Kiel.** Mysteriöser Tod. In Kiel ist in seiner Villa der Herzog Paul Friedrich zu Mecklenburg, erst 22 Jahre alt, plötzlich gestorben. Er war zur artilleristischen Ausbildung an Bord eines Schulschiffes kommandiert. Bürgerliche Blätter berichten dazu: In den Tod tauchen sich allerlei dunkle Gerüchte. Im Laufe des gestrigen Tages hat sich eine gerichtliche Kommission, an deren Spitze Oberkriegsgerichtsrat Schleichmann stand, in das Sterbehause begeben, um dort die Todesursache festzustellen. Wie dann bekannt gegeben wurde, ist der Herzog an Herzlähmung angeblich infolge eines Falles gestorben.

**Kiel.** Eine mißglückte Staatsaktion. Wegen angeblich grober Verletzung ihrer Amtspflicht hatten sich sieben Mitglieder des Gewerbergerichts zu Neumünster, Arbeitnehmer, vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten. Die Anklage war

erfolgt infolge einer Anzeige des Stadtrats Mitten, der zugleich Vorsitzender des betreffenden Gewerbegerichts ist. Wie der Herr als Zeuge angab, hatte man ihm im vorigen Jahre mitgeteilt, daß in einer Anzahl Lokale in Neumünster ein Plakat folgenden Inhalts hing: „Wovor man nicht sagt, wende man sich an die untenstehenden Weisiger.“ Als dann folgten die Namen und Wohnungen der sieben Angeklagten. Nach der Anklage wurde den Angeklagten nun zur Last gelegt, eine grobe Verletzung gegen ihre Pflicht als Weisiger begangen zu haben, daß sie sich vor den Verhandlungen der einen Partei zur Auskunftserteilung angeboten und sich dadurch nicht mehr unparteiisch gezeigt hätten. Die Angeklagten gaben ohne weiteres zu, daß sie damit einverstanden gewesen waren, daß das bortige Gewerkschaftsgericht die Plakate mit ihren Unterschriften hatte anfertigen und aushändigen lassen. Die Auskunftserteilung sei lediglich angeführt worden, um in Bedrängnis geratenen Mitarbeitern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Jeder von ihnen hätte überhaupt dann von der Auskunftserteilung Abstand genommen, wenn er als Weisiger amtieren mußte. Die Einrichtung habe schon seit 12 Jahren bestanden und von den Behörden sei niemals Einspruch dagegen erhoben worden. Die Tagespresse und sogar der frühere Bürgermeister der Stadt hatten sich stets äußerst wohlwollend über die Sache ausgelassen, da sie eine Entlastung des Gewerbegerichts herbeiföhre. Trotzdem erachtete der Staatsanwalt eine ungesetzliche, parteiische Handhabung für vorliegend und beantragte die Amtsentsetzung der sämtlichen Angeklagten. Das Gericht erachtete

es ebenfalls mit der Unparteilichkeit eines Weisigers bezü. Richters nicht vereinbar, wenn er vorher mit der einen Partei verhandelt oder ihr Auskunft erteilt. Es wurde jedoch angenommen, daß eine Absicht zur Parteilichkeit nicht vorgelegen habe. Sämtliche sieben Weiser wurden deshalb freigesprochen.

### Letzte Nachrichten.

Thorn. Ein schwerer Unfall ereignete sich in der Pfingstwoche auf dem hiesigen Artillerieschießplatz infolge eigener Unvorsichtigkeit der dabei Beteiligten. Drei Kanoniere der 1. Kompanie des zurzeit dort üben den Artillerie-Regiments Nr. 5 nahmen, nach dem „L. u.“, trotz des strengen Verbotes, eine Zündladung in ihre Barackenstube mit. Auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise kam die Ladung zur Explosion, wobei alle drei mehr oder minder schwere Verletzungen erlitten. Insbesondere ist ein Kanonier am rechten Auge so schwer verletzt, daß es fraglich erscheint, ob ihm das Augenlicht erhalten bleiben wird.

Boien. Ein Nachspiel zum Swilecki-Prozess. Die Bahnwärtlerin Mayer geb. Barcza hat beim hiesigen Landgericht eine Klage gegen die Grafin Fabella Swilecki für ihren natürlichen Sohn Leo Franz Barcza eingereicht.

Berlin. An Genickstarre verstarben in Reinickendorf vier Kinder.

Venneckenstein a. S. Die beiden Flüchtlinge Stadtssekretär Münch und Polizeiergeant Drüje-

da u haben nach einem amtlichen Telegramm der Polizeiverwaltung in Gommern Donnerstag zwischen Gommern und Magdeburg durch Revolverschüsse Selbstmordversuche gemacht. Münch soll schwer, Drüjedau leichter verletzt sein. Beide sind im Krankenhause zu Schönebeck untergebracht. Die beiden Desfraubanten haben sich während der letzten Tage in Magdeburg aufgehalten. Die unterschlagene Summe beläuft sich bei Drüjedau auf 150 Mark und bei Münch auf 180 Mark.

Röln. Risiko der Arbeit. Bei den Renovierungsarbeiten an der alten Burg in Hellental unweit Bensberg stürzte Sonnabend ein Gerüst ein, wobei mehrere Arbeiter aus beträchtlicher Höhe in die Tiefe stürzten, 2 Maure r blieben tot. Mehrere andere wurden schwer verletzt.

Würzburg. Die Genickstarre. Einem hierher gelangten Briefe zufolge ist auf dem Truppenübungsplatz zu Hammelburg die Genickstarre ausgebrochen.

Saigon. Bei dem Wirbelsturm, der jüngst Cochinchina heimlichle, sind, wie der Gouverneur im Kolonialrat mitteilte, rund 5000 Menschen umgekommen; der Materialschaden sei auf mehrere Millionen zu schätzen.

### Lübeker Getreidepreise vom 21. Mai.

Weizen 122/30 Pfd. holl., Mt. 15,50—16,50, Roggen 118/126 Pfd. holl. Mt. 12,50—13,50, Gerste Mt. 13,50—14,50, Futtergerste Mt. 12,50—13,00, Erbsen, Koch, Mt. 18,00 bis 23,00, Futtererbsen Mt. 15,00—15,50, Hafer Mt. 12,50—14,50. Alles per 100 kg Netto.

## Achtung! Bäckerstreik!

Bürger! Arbeiter! und besonders Ihr Hausfrauen! Unterstützt die streikenden Bäckereiarbeiter in ihrem schweren Kampfe zur Eringung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen!

Die Bäckereiarbeiter fordern: Kost und Logis außer dem Hause des Meisters und einen Minimallohn von 21 Mark bei 84stündiger Arbeitszeit pro Woche! Forderungen, welche die Bäckerbesitzer leicht bewilligen könnten, wenn sie nur wollten.

Die Lohnkommission der Bäckergejellen von Lübeck.

## Empfehlenswerthe Werke für Jedermann aus dem Volke.

- A. Bebel, Die Frau und der Sozialismus, in 10 Lieferungen à 20 Pf.
- W. Liebknecht, Fremdwörterbuch, in 13 Lieferungen à 20 Pf.
- O. Köhler, Weltchöpfung und Weltuntergang, in 14 Lieferungen à 25 Pf.
- O. Köhler, Wunder des Kosmos, in 17 Lieferungen à 25 Pf.
- M. Schippel, Sozialdemokratisches Handbuch, Führer durch die Zeit- und Streitfragen der Reichspolitik. 37 Lieferungen à 20 Pf.
- A. Kautsky, Geschichte des Sozialismus, 28 Lieferungen à 20 Pf.
- Fr. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 36 Lieferungen à 20 Pf.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannesstrasse 50.

## Von der internationalen Bibliothek

### — erste Serie —

empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb. Mt. 2,—
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	„ „ 2,50
Bebel, Charles Fourier,	„ „ 2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	„ „ 1,50
Kautsky, Das Erfurter Programm,	„ „ 2,00
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	„ „ 2,50
Stepniak, Der russische Bauer,	„ „ 2,—
Mehring, Die Lessing-Legende,	„ „ 3,50
H. Lux, E. Cabet und der ikarische Kommunismus	„ „ 2,—
Plechanow, N. G. Tschernischewsky,	„ „ 3,—
Fr. Engels, C. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	„ „ 3,—
Dietzgen, Das Aquisit der Philosophie und Briefe über Logik	„ „ 2,—
C. Hugo, Die englische Gewerkschaftsbewegung	„ „ 2,—
K. Marx, Revolution und Contre-Revolution in Deutschland	„ „ 2,—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannesstrasse 50

## Achtung! Maurer!

## Mitglieder-Versammlung am Mittwoch den 25. Mai d. Js.

abends 8 1/2 Uhr im „Vereinshaus“, Johannesstrasse 50—52.  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme mehrerer früherer Mitglieder.  
2. Die Entschädigung der Boten.  
3. Vereinsangelegenheiten.  
Alle Mitglieder müssen erscheinen!  
Der Vorstand.

**Maria Burmeister**  
**Heinrich Busch**  
Bücher, 7. B. Modestori. Lübeck.  
Hingänger 1904

**zu verm. ein Poais Friedenkr. 63, l.**  
In sofort oder 1 Juli eine kleine Wohnung billig  
Eine kleine Wade zum Baldweid zu vermieten oder zu verkaufen  
Sandenstrasse 17a, l.

**Fahrräder.**  
Reparatur aller Systeme. Diebstahl werden auf das Sauerste ausgeführt.  
Sämtliche Ersatzteile stets auf Lager.  
— Eigene Emaille-Anstalt. —  
**K. Bentzien, Nebe- Fabrik. Al. 53.**  
**Herm. Hartog**  
Abbruch-Lager  
Kanalförde, unterh. der Glodengießerei.  
Verkauf von allen vorräthigen  
Abbruch-Materialien.  
Tannen- und Eichen-Brennholz.  
Sonn tags von 8—9 und 11—12 Uhr geöffnet.  
Juniast 1896.

**Die Arbeiter-Garderoben**  
aus dem Spezial-Geschäft von  
**Otto Albers** 10.  
Es vortheilhaft bekannt durch gute Beschäftigung und sehr billige Preise. U. A.:  
Schneiderei . . 1,80—5,45  
Schnitzerei . . 2,50—9,75  
Schneiderei . . 1,80—5,25  
Lebensversicherung . 0,88—2,25  
Zinnarbeiten . . 1,35—3,25  
Kleiner Jutesack, Wäsche und große, 1,25  
Kappe, Saubere Schneidwaren, Zinnarbeiten,  
Bücher, Kleider, etc. usw. billig.  
Haupt- und Neben-Geschäfte  
Lübeck, Haupt- und Neben-Geschäfte

**Empfehlungs-Karten**  
Der Vorstand des Lübecker Volkes.

**Fahrrad-Haus. H. A. Hill**  
Verzinkungs- und Emaille-Anstalt. Johannesstr. 9.  
Größte Reparaturwerkstatt Lübeck.  
Mäntel, früher 7 Mark jetzt **3,50**  
Schläuche, früher 4 Mt. jetzt **2,80**  
Centrum Mäntel, früher 10 Mt. jetzt **8,90**  
Tadellose frische Ware, volle Garantie.  
Neue Fahrrad, 1 Jahr Garantie, Mt. 85.

**Uhren reinigen . 1,50,**  
**Uhren einsehen . 1,50,**  
**1 Jahr Garantie.**  
**Uhrgläser 1. Qual. 0,30.**  
**Aug. Büttner,**  
Hauptstadt, Hauptstr. 32.

**Achtung Bäcker!**  
**Mitglieder-Versammlung am Mittwoch den 25. Mai**  
abends 6 Uhr  
im Vereinshaus, Johannesstr. 50/52  
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.  
Der Vorstand.

**Versammlung**  
der Vorstände der Gewerkschaften, welche an der Ausperrung und dem Streit auf der Werft beteiligt sind,  
**am Mittwoch den 25. Mai d. J.**  
abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannesstr. 50/52  
Die Kartell-Kommission.

**Kaninchenzüchterverein für Lübeck und Umgegend.**  
Folgende Nummern wurden in der Tombola am 23. Mai 1904 mit Gewinnen gezogen:  
1 12 15 35 38 42 78  
86 98 140 166 172 174 200  
215 226 227 251 267 295 311  
371 380 428 436 487 510 567  
635 639 693 700 714 775 819  
837 842 844 850 867 885 911  
935 955 1108 1122 1123 1154 1170  
1207 1211 1229 1262 1309 1316 1333  
1366 1392 1405 1408 1433 1466 1532  
1567 1601 1638 1647 1707 1714 1716  
1735 1756 1766 1787 1842 1880 1933  
1965 1982 1990  
Die Gewinne werden bis Dienstag den 24. Mai, abends 8 Uhr, im Ausschließungslokal, Kiel's Stübchenment, verabfolgt, spätere Meldung beim Vorsitzenden Herrn Walter, Dornstraße 18b.  
Gewinne, die bis zum 1. Juni 1904 nicht abgeholt sind, verfallen der Vereinskasse.  
Der Vorstand.

Bemerkung: Die Redaktion für den nächsten Jahrgang der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik 'Lübeck und Nachbargemeinde' sowie der mit J. St. bezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. — Bemerkung: Die Redaktion für die Rubrik 'Lübeck und Nachbargemeinde' sowie die mit J. St. bezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Druck: Theodor Schmalz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sammlung in Lübeck.

## Ein erfolgreicher Bergarbeiter-Ausstand.

Aus dem Saarrevier wird Parteiblättern berichtet: Der Bergarbeiterstreik auf der Grube „La Hoube“ bei Kreuzwald ist beendet. Ohne das Dazwischentreten des Bergarbeiter-Verbandes hätte aber der Streik schwere Folgen haben können. Die Bergleute dieser Grube, — von denen kein einziger Mann organisiert, die keinen Groschen Geld und auch sonst keinerlei Vorbereitungen getroffen hatten —, wurden durch eine Reihe von schweren Mißständen förmlich in den Streik getrieben.

Ueber die Zustände auf der Grube erfahren wir Folgendes: Wer im Ufford mehr als 5 Mark pro Schicht verdiente, dem wurde dies Mehr abgezogen, „gutgeschrieben“, aber niemals auszbezahlt, wenn auch der Schichtlohn in der Folgezeit unter 3 Mark sank, was nicht selten passierte. Dreißigjährige Bergleute, die fünf Jahre in der Grube beschäftigt waren, hatten einen Schichtlohn von 2,84 Mark. Eine Anzahl Ueberächtigen, in denen man Reparaturen vornahm, wurden mit keinem Pfennig vergütet. Entgegen der Arbeitsordnung wurden die Bedinge nicht schriftlich vereinbart, so daß der Bergmann der Willkür der Beamten ausgesetzt war. Die Lohnzahlungen waren manchmal so unpünktlich, daß Bergleute mit 60 Schichten noch keinen Abschlag erhalten hatten. Ferner mußten die Leute eine Stunde vor der Einfahrt am Schacht sein, kurz: Durch all diese Mißstände (die wir hier nicht alle anführen können) wurde die Erregung der Bergleute auf den Höhepunkt getrieben, bis sie plötzlich, nachdem alle Vorstellungen nichts gefruchtet, zum Streik griffen, ohne sich der Tragweite desselben bewußt zu sein. Die Behörde, die die Bergleute zur Vermittelung anriefen, wurde von der Direktion abgelehnt, dem Landrat hatte man abgewartet. Diejenigen, die am großmüthigsten zum Streik aufgefordert hatten, waren schon zu Streikbrechern geworden, und andere folgten ihrem Beispiel. Ueber 300 Arbeitswillige fuhrten wieder an, die Reihen der Streikenden lichtet sich immer mehr, sie waren bedingungslos der Grubendirektion ausgeliefert, die „lieber Gift nehmen als nachgeben“ wollte.

Da erschien plötzlich der Deutsche Bergarbeiterverband auf dem Platze, und mit einem Schlage änderte sich die Situation. Die Hoffnung der Bergleute flammte auf, die Behörde, die Grubendirektion, die Geislichkeit, alles was nach Autorität ausschaute, bekam Weime. Wenn's jetzt nicht gelang, den Streik beizulegen unter Bedingungen, die für die Bergleute annehmbar sind, — dann lieferte man die Leute dem Bergarbeiterverband aus (vielleicht kommen die Sozialdemokraten hinterdrein!) und die schöne Eintracht ist für immer gestört. Das war die ganze Kalkulation, die den Streik in einigen Stunden zu Gunsten der Streikenden beendete.

Wie un bequem der Behörde das Eingreifen des Bergarbeiterverbandes war, zeigt der Umstand, daß der Bürgermeister Müller von Wernau, zu dessen Amtsbezirk der preußische Teil des Streikgebietes gehörte, sich weigerte, auf die Anmeldung unserer Versammlung eine Bescheinigung auszustellen. Begründet hat der hohe Herr seine Weigerung damit, daß ihm der Einberufer, Genosse Osterroth aus St. Johann, unbekannt sei. Nachträglich scheint es dem Bürgermeister von seiner Weigerung doch unbefuglich geworden zu sein; denn er erlaubte die Abhaltung der Versammlung, falls die Einberufer dazu beitragen wollten, die Leute zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen; falls aber etwas gesprochen werde, was ihm nicht passe, löse er die Versammlung auf. Dazu kam es nun nicht, da der Referent, Redakteur Veim Peters aus Bochum, das, was dem Herrn Bürgermeister nicht paßte, in einer

Weise zu sagen verstand, daß der Bürgermeister das Nachsehen hatte. Veim Peters ging mit der Grubendirektion scharf ins Gericht, forderte die ausständigen Bergleute auf, sich zu organisieren, um ihrer Forderung dadurch Nachdruck zu verleihen, und ließ ihnen gar keinen Zweifel darüber, daß sie, ohne organisiert zu sein, nicht im Stande seien, ihre gerechten Forderungen durchzusetzen. Der Redner fand mächtigen Beifall, und die Bergleute ließen sich in großer Anzahl in den Verband aufnehmen. Der Bürgermeister ergriff sodann das Wort und meinte, die Bergleute brauchen nicht heute von Bochum und St. Johann, die sich noch nicht einmal legitimiert hätten. Sie seien bisher so mit ihrem wohlmeinenden Grubendirektor ausgekommen und hätten ein „schönes Stück Geld verdient“, außerdem hätten sie auch ihn, ihren guten, fürsorgenden Bürgermeister. Schallendes Gelächter und Murren unterbrach den Bürgermeister, der es für eine Unverschämtheit erklärte, „zu lachen, wenn der Bürgermeister spricht“, und er drohte, die Versammlung aufzulösen, wenn er noch einmal ausgelacht werde. Er konnte jedoch keinen Einfluß auf die Bergleute ausüben; sie beschloßen vielmehr, am Himmelfahrtstage, nachmittags 4 Uhr, wieder eine Versammlung abzuhalten, um über das Ergebnis der mittlerweile nochmals zu versuchenden Verhandlungen zu beraten. Soweit kam es jedoch nicht; die Furcht vor der zweiten Versammlung, die der Bürgermeister hätte beschließen müssen, weil er mittlerweile den Einberufer gründlich kennen gelernt hatte, brachte Alles auf die Beine, um die Direktion von ihrer Hartnäckigkeit zu bekehren, der es denn auch lieber war, die Forderung zu bewilligen, als den Bergarbeiterverband festen Fuß fassen zu lassen. Der Bürgermeister lief in höchst eigener Person von einem Bergmann zum anderen, um ihnen zu sagen, daß ihre Forderungen bewilligt würden und sie unverzüglich ansfahren könnten. Sogar die Grubenausschußmitglieder wurden beordert, zu kommen.

Diesen Sieg haben die Bergleute ihrem Verband zuzuschreiben; ohne ihn hätte es hunderte von Gemäßigten gegeben. Die Bergleute organisieren sich nun doch, obwohl der Bürgermeister dem Wirt sagte, er solle dem Verband seinen Saal nicht mehr geben, was dieser auch befolgte. Auch die Klerisei erscheint jetzt plötzlich auf dem Plan. In der Zeit der Not war sie stumm. Jetzt sollen, wie die frommen Herren versichern, die Bergleute ihre Interessen im katholischen Volksverein ebenso gut wahrnehmen können, wie im Bergarbeiterverband. Die alte Taktik der Arbeiterzersplitterung!

Die Bergleute wissen aber nunmehr, was sie zu tun haben, um ihre Interessen zu wahren; sie haben's am eigenen Leibe erfahren. Ob „christlich“ oder „kristlich“ — dem Unternehmertum imponiert Beides nicht.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Berliner Gastwirtsgehilfen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — Bei Grimme, Natalis u. Co. in Braunschweig haben alle Former und Maschinenformer, weil sie wegen des Streiks der Kernmacher nicht weiterarbeiten konnten, den Betrieb verlassen. — Ein Streik der Messerschlägerarbeiter droht in Solingen auszubrechen. Gefordert werden 15 pSt. Lohnsteigerung. — Im Parlsruher Tischlergewerbe droht ein Lohnkampf. Die Arbeitgeber versuchen die s. St. gemachten Zugeständnisse nach rückwärts zu revidieren. Es ist deshalb Mauerstreik dauert noch unverändert fort. Die Streikkommission hat die Streikenden und Ausgesperrten durch ein Flugblatt, durch tadelloses Verhalten den Konflikt mit der Behörde zu vermeiden. Viele Maurer — Deutsche und Italiener — sind abgereist. — In der Fabrikstadt Legnano b. Mailand sind 400 Baumwollearbeiterinnen in Aus-

stand getreten. In der Umgebung von Vercelli haben mehrere Tausend Kleinarbeiter, die vergebens eine Verminderung der Arbeitszeit verlangt hatten, die Arbeit eingestellt. — Der Streik der Glasarbeiter von Charleroi (Belgien) ist nach wenigen Tagen zu Ende gegangen. Die Glasarbeiter haben sich der ihnen von den Unternehmern aufoktrohierten Lohnreduktion von 20—25 Pfg. gefügt. Der Grund hierfür liegt in der bedauerlichen Tatsache, daß dort nicht weniger denn drei verschiedene Organisationen dieser Branche existieren. Die Nachgebildete der einen zwang auch die andere, sich den Unternehmern zu fügen.

**Der Streik der Steinseher in Sorau** ist wohl der langwierigste aller in der letzten Zeit geführten Ausstände. Er dauert bereits ein volles Jahr, und da es den Arbeitgebern während der ganzen Zeit nicht gelang, brauchbare Arbeitskräfte dauernd heranzuziehen, so konnten die notwendigen Arbeiten in den Straßen der Stadt nicht ausgeführt werden. Um nun diese Arbeiten nicht länger liegen zu lassen, wollen jetzt die Stadtverordneten darauf dringen, daß auswärtige Unternehmer zur Uebernahme der Arbeiten veranlaßt werden, wenn nicht bald eine Einigung zwischen den Unternehmern und den Steinsehern erreicht wird.

**Die Berliner Rohrer**, die sich im vergangenen Jahre anlässlich der damaligen Lohnbewegung gespalten haben, wollen sich wieder vereinigen. Die Vorstände der beiderseitigen Organisationen treten in der nächsten Zeit zusammen, um die Vorbereitungen zu einer Wiedervereinigung zu treffen.

**Bei der Gewerbegerichtswahl** in Langensielau (Schlesien) wurden die Kandidaten der Gewerkschaften ohne Gegenkandidaten glatt gewählt. Trotz des ungünstigen Wahltages war die Beteiligung eine verhältnismäßig starke.

**Das Gewerkschaftskartell** Amberg (Bayern, Oberpfalz) bittet um Grantsüberweisung von Büchern, zwecks Gründung einer Bibliothek. Zusendungen erbeten an den Vorsitzenden Georg Stark, Schneider in Amberg (Oberpfalz), Hofmarkt 61.

**Der Zentralverein der Filz- und Gutwarenarbeiter** hatte am Ende des letzten Jahres 4094 Mitglieder gegen 3354 im Vorjahre. Die Arbeitslosigkeit während des Jahres 1903 war sehr bedeutend. Von 3750 befragten Mitgliedern waren 1220 von Arbeitslosigkeit betroffen worden, im ganzen an 36.111 Tagen, so daß durchschnittlich auf jeden Arbeitslosen 29,6 Tage entfielen. An Unterstützungen wurden bezahlt 2362 Mk. für Reiseunterstützung, 19.097 für Arbeitslosenunterstützung am Orte, 3215 Mk. für Umzugunterstützung und 2529 Mk. an Gemäßigte und Streikende.

**Der Zentralverein der deutschen Böttcher** veröffentlicht seine Jahresabrechnung für 1903. Die Mitgliederzahl beträgt 4.910. An Einnahmen verzeichnet der Verein: Eintrittsgeld 1086,50 Mk., laufende Beiträge 60.254,25 Mk. Die Gesamteinnahme beträgt 71.340,75 Mk., welcher eine Ausgabe von 57.402,50 Mk. gegenübersteht, somit Mehrereinnahme 13.938,25 Mk. Unter den Ausgaben befinden sich für Reiseunterstützung 4871,81 Mk., Arbeitslosenunterstützung 2597,66 Mk., Notfallunterstützung 230 Mk., Sterbegeld 1100 Mk., für örtliche Verwaltung 6093,23 Mk., Druck der Zeitung 6289 Mk., Expedition der Zeitung 2902,49 Mk., Gehalt des Vereinsbeamten 5700 Mk., Unterstützung an Streikende 21.147,88 Mk.

**Die Ausstandsbedeutung in Deutschland 1903.** Das Jahr 1903 war ebenso wie das Jahr 1902 reich an Ausständen und Lohnbewegungen. Die Zahl der Streiks, die beendet wurden, ist gegen 1902 nicht unerheblich gestiegen, ein Beweis dafür, daß die regierungsfreudlich und von bürgerlichen Sozialpolitikern aufgestellte Behauptung von der Hebung der Lage der Arbeiter unrichtig ist, daß sogar bei dem größten Teil der Arbeiterklasse die Aufwärtsbewegung der Löhne mit den vertheuerten Lebensverhältnissen (Wohnungsmiete, Lebensmittel, Steuern usw.) durchaus nicht gleichen Schritt gehalten hat und daß es härter

## Die Madonna mit dem Rosenbusch.

Eine altlübbige Geschichte von Adolf Paul.

20. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

Aber der Rheintwein beseitigte jedes Bedenken, löste den Mund, verwirrte die Köpfe, daß die erhitzten Gedanken sich jäh überstürzten. Der Mund mußte nun auch Worte machen, — das Kanen und Schänden genügte nicht mehr, denn das Herz war zu voll und wurde von dem noch volleren Magen gar zu arg bedrängt.

Dann kam der Hippokratäus, der Getränke Krone, wohl-gewürzt und süß und verräterisch feurig und zündete auf der Stelle die Beredsamkeit an. Ehrfurchtsvoll grüßend, den Schalk in den Augen, kredenzte ihn der Kellerhauptmann in höchst eigener Person, aus kostbaren Kelchen in getriebener Arbeit.

Dem konnte keiner Widerstand leisten! Jetzt mußte geredet werden, koste es, was es wolle! — Und sie saßen da, alle die alten Lübecker, mit dem Herzen auf den Lippen und den feurigsten, wortreichsten Reden im Hinterhalt und leiteten sich den Mund und plähten schier vor Ungebuld, endlich ihr Wissen austreten zu dürfen, und mußten schweigen, wie sie auch vor Eifer glühten! Denn dem Bürgermeister gehörte der Vortritt!

Aber Bullenweber hatte keine sonderliche Eile; er lächelte nur, begrüßte seine Gäste und trank ihnen schweigend zu. Und sein neben ihm sitzender fürstlicher Gast tat ihm Bescheid, mit dem Schweigen wie auch mit dem Lächeln. Denn der Bürgermeister war prachtvoll zu schauern.

Wie eine reife Traube, so feurig glühend, hing seine Nase, blank und dick, aus dem leuchtenden Rot des Gesichtes herab, — wie eine Fenerbrunnst loderte das ganze Gesicht und machte den fuchsrothen Bart erbleichen. Aber die Augen sprühten hell und klar unter der heiteren, hohen Stirn. Denn der Kaiser ferner großen, weltbewegenden

Gedanken war mächtig genug, jedem anderen Kausche die Stange zu halten. Und er lächelte und leerte den Becher bis auf den Grund und ließ die Gedanken zurück in die Vorzeit schweben.

Er sah sich noch unbemerkt, der Geringsten einer, durch eigene Kraft Vermögen erwerben und, obwohl ein Fremder, das Bürgerrecht auch. Er hörte sich noch als Anwalt der Armen, — als Sprecher der Bedrückten, — als Führer der gesamten niederen Bürgerkraft in den eben erlebten unruhigen Tagen! Er sah sich sodann als Gesandter der Hanse in den nordischen Hauptstädten Verbindungen anknüpfend, die ihn jetzt in der Herrschaft über den ganzen Norden bestellten sollten. Denn wo im ganzen Norden er auch hinsah, regierten nur Fürsten von der Hanse Gnaden! Und so müßte es bleiben! Die nordischen Völker sollten auch fernherhin beim Bürgermeister in Lübeck ihre Könige holen! Und wer von jenen Königen es je vergessen würde, von weisen Gnaden er den goldenen Keifen trüge, — fort mit ihm nur! Ohne Rücksicht! An Fürsten war kein Mangel, — deren ständen mehr als genug zu Gebote! Und dann: Fürst gegen Fürst ausgespielt, die Kunst verstände er, — das alte hanfische Spiel kannte er von Grund aus! —

Und er lächelte wieder und trank mit dem Fürsten, der neben ihm saß und hergekommen war, um ihn und seinen Plänen ein Vorkämpfer zu werden. Und Graf Christoph tat ihm Bescheid.

Der Bürgermeister gab ihm die Hand und sah ihm stolz in die Augen.

Es war nicht mehr der ehemalige Flachshändler und emporgekommene Glücksjäger, — es war auch nicht mehr der Admiral der Hanse, der einst seine Schiffe gegen die Holländer führte, — es war der selbstherrliche Diktator auf dem Bürgermeistersstuhl, derselbe, der vor kurzem, an der Spitze einer glänzenden Leibwache, wie ein siegreicher Eroberer, in die Schwefelstadt Hamburg einzog, um den dortigen zuggyasteten Krämer nachdrücklich zu bedeuten, daß es

etwas Höheres gäbe als den kleintlichen Kramhandel mit persönlichen und inkapatriotischen Interessen. Dem wollte er jetzt die Krone aufsetzen, und an der Spitze einer Schwarzen Armee den Lübecker Herrscherin der Ostsee machen würde, und die Ostsee und den Welthandel deutsch. Denn so mußte es kommen, — es mußte geschehen, — das Herz lachte ihm siegesfroh im Busen! Er dachte an das Erreichte, — dachte an die gebrochene Macht der Kirche, an den Sieg des Bürgertums, die Niederlage der alten Geschlechter, — die schwer erkämpfte Freiheit für ihn selbst, sein Genteil frei betätigen zu können und die stolzen Pläne verwirklichen zu dürfen.

Zum dritten Mal hob er den Becher und nickte dem Oldenburger herablassend zu, — dem Fürsten, den er, der einfache Bürger, kraft seines Genies als Werkzeug zu gebrauchen gedachte. Und er leerte den Becher bis auf den letzten Tropfen und setzte ihn mit wichtiger Kraft auf den Tisch.

Und die Gedanken flogen mit Macht auf Raub in die Zukunft hinaus, — flogen nach einem einsamen Felsen in der Ostsee und spidten ihn mit Kanonen zu einer unheimlichen Festung, ein Raubvogelnest für die hanfischen Schiffe, von wo aus sie nach allen Windgegenden hinausgeschleusen sollten, um ungehorsame Gehörige gehörend zu züchtigen und den Troß der Nebenbuhler zu brechen. Sie flogen nach Kopenhagen und bemächtigten sich des Sundes und damit des Schlüssel der ganzen Ostsee, — sie schweiften am das ganze Meer herum, und überall an den schwebischen und dänischen Küsten zouberten sie blühende Handelszentra hervor, denen das ganze Hinterland steuerpflichtig sei, und die sämtlich der Hanse Gehorsam schuldeten, — der Hanse, dessen Haupt Lübeck sei — und in Lübeck er —

Nach einmal streckte er die Hand nach dem frisch gefüllten Becher aus.

